

MICHAEL CHRAPA

Alltägliche Solidarität und latenter Rassismus

In Deutschland, wie auch in anderen westlichen Demokratien, zeichnen sich gegenwärtig an der Schwelle des 21. Jahrhunderts tiefgreifende Wandlungsprozesse ab. Die Umbrüche im Zeichen von technologisch-wirtschaftlichen Veränderungen mit hoher Dynamik, die Auswirkungen der Globalisierungsvorgänge und die Herausbildung eines Typs von »Aktienkapitalismus« werfen nicht zuletzt die Frage auf, wie sich soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft weiter entwickeln. Das Problem einer möglichen oder bereits vollzogenen sozialen Spaltung des Gemeinwesens – bezogen auf Lebenslage und Teilhabechancen – gewinnt an Aktualität (Kreckel 1997, Hradil 1999) und ist mit intensiven geistig-politischen Auseinandersetzungen verbunden. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Fragestellung, inwieweit Menschen in der Gesellschaft »Benachteiligung« erfahren und wie es zu einem solchen Status kommt. Das Spektrum der Meinungen zum Thema »Benachteiligung« beinhaltet hier sowohl solidarische und anklagend-kritische Positionen – verknüpft mit Forderungen nach mehr »sozialer Gerechtigkeit« –, aber auch abwertende und zum Teil recht rigide Haltungen, die Menschen in schwierigen Lebenssituationen in der Nähe von »Sozialschmarotzern« ansiedeln.

Eine solche Problemlage kann als Herausforderung für die engagierte Sozialforschung gelten. Zur Situation bestimmter Bevölkerungsgruppen, die in irgend einer Weise in der Gesellschaft »benachteiligt« werden, liegen zwar nicht wenige Einzelstudien vor, gleichzeitig wäre jedoch festzustellen, daß Umfang und Mechanismen solcher Erscheinungen wie Ausgrenzung und Benachteiligung in vieler Hinsicht noch nicht eingehend erforscht sind. In der »offiziellen« Sozialberichterstattung lassen sich hierzu im wesentlichen zwei Ansätze aufzeigen (Datenreport 1999). Zum einen werden Aussagen zur »Armut« und zu »Ausländern« getroffen, zum anderen erfaßt man die sogenannten »Problemgruppen« in der Gesellschaft. Die Grundlage der letzteren Betrachtungsweise bilden Messungen zu »objektiven« und »subjektiven« Beeinträchtigungen (Problemlagen) im Leben der Menschen. Hier werden Personen beschrieben, die »objektive« Problemlagen (wenig Geld, schlechte Wohnverhältnisse u.a.) und/oder »subjektive« Problemlagen (Einsamkeit, Angst usw.) auf sich vereinen. Im Osten sind deutlich mehr Problemkonstellationen vorhanden; sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern ist der Trend steigend (Datenreport 1999: 560-568).

Bei einer solchen Betrachtungsweise bleibt allerdings die Situation Benachteiligter anhand der Bewertung durch die soziale Umwelt



Dr. Michael Chrapa Jg. 1950, Sozialwissenschaftler, Vorsitzender der »Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien e.V.« (FOKUS-Institut Halle) Falladaweg 9, D-06126 Halle, Saale
Fon+Fax. 0345-6901249

weitgehend unberücksichtigt. Geht man von interaktionistischen Theorieansätzen aus, so entwickeln sich Lebens- und Konfliktlagen eben auch in Wechselwirkung mit den »Reaktionen« der Menschen im Umfeld von Benachteiligung. Aufschlüsse über diese Beziehungen können aus dem Alltag geschöpfte Aussagen der »Durchschnittsbevölkerung« mit Blick auf »benachteiligte Gruppen« vermitteln.

Einen Beitrag zur wissenschaftlichen Beleuchtung dieser Thematik im ostdeutschen Raum kann eine aktuelle Studie des FOKUS-Institutes Halle erbringen. Die Daten wurden im Oktober 1999 mit Hilfe einer schriftlich-anonymen Befragung im gesamten Gebiet des Bundeslandes Sachsen-Anhalt erhoben, wobei die Stichprobe (n = 1 405) sowohl in bezug auf ihre Größe als auch in Hinsicht auf ihre Zusammensetzung als repräsentativ für die erwachsene Landesbevölkerung gelten kann (vgl. Statistisches Jahrbuch 1996).

Für die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts fallen dabei zweifellos mehrere soziopolitische Charakteristika des Bundeslandes ins Gewicht. Dieser Teil Mitteldeutschlands verkörpert einerseits »typische Züge« von Ländern des östlichen Bundesgebietes. Hier sind gleichermaßen Destrukturierung und Aufbau, Umbrüche und das Weiterwirken starker »östlich-überkommener« Elemente präsent. Die sozialen Konflikte der neuen Bundesländer stellen sich in Sachsen-Anhalt in deutlich verschärfter Form dar. Zum anderen gibt es in diesem Bundesland aber beachtenswerte spezifische Komponenten: Mit dem »Magdeburger Modell« kam es zu einer historisch seltenen politischen Kräftekonstellation, die bundesweit Aufmerksamkeit gefunden hat. Der Wahlerfolg der rechts-extremen DVU bei der Landtagswahl 1998 und die parlamentarische Etablierung dieser Partei waren und sind gleichfalls herausfordernde Elemente. Auch insofern können Untersuchungen zu politisch motivierten Meinungen in bezug auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen anregende Erkenntnisse liefern.

Grundsätzlich ging man bei der Konzipierung der Studie davon aus, daß gegebene Einstellungen in der Bevölkerung zu meßbaren Bewertungen und Attributionen in bezug auf sogenannte »benachteiligte Gruppen« führen können (Friedrichs 1990, Fischer/Wiswede 1997). Nach intensiven Diskussionen wurden 18 Personengruppen festgelegt, auf welche die Prädikate »arm«, »benachteiligt« und/oder »schwierig« mehr oder weniger zutreffen, wobei sich die adäquate semantische Kennzeichnung dieser Populationen als nicht ganz einfach erwies. In der Annahme, daß mit dem skizzierten Personenkreis ein sozial und politisch wesentlicher Teil des »benachteiligten Gesellschaftspotentials« erfaßt war, wählte man folgende Gruppierungen aus:

- | | |
|---------------------------------|-------------------------------------|
| »Alleinerziehende« | »Jugendliche allgemein« |
| »Alte Menschen mit wenig Geld« | »Junge Arbeitslose unter 25 Jahren« |
| »Arbeitslose« | »Langzeitarbeitslose« |
| »Drogenabhängige« | »Lesben/Schwule« |
| »Einwandernde aus Asien/Afrika« | »Menschen mit Behinderungen« |
| »Einwandernde aus Osteuropa« | »NiedriglohnempfängerInnen« |
| »Familien mit mehreren Kindern« | »Obdachlose« |
| »Frauen allgemein« | »Opfer von Straftaten« |
| »Haftentlassene« | »SozialhilfeempfängerInnen« |

Die Einschätzung dieser 18 »Problem-Gruppen« durch die Gesamtheit einer repräsentativen Durchschnittspopulation erfolgte anhand von drei Aspekten: »Zuwendung in menschlich-sozialer Hinsicht«, »Zuwendung in Form eingeforderter Unterstützung« und »mögliche Negativbewertung wegen Selbstverschuldung«. Dafür kamen folgende Frageindikatoren zur Anwendung: »Sollen diese Menschen mehr Anteilnahme finden?«, »Sollen sie materiell gefördert werden?« und/oder »Sind sie oft selbst schuld an ihrer schweren Lage?«

Das Ziel der Untersuchung war demnach, zu ermitteln, welche grundsätzlichen Bilder von »Benachteiligten« durch die »Außen-sicht« ihrer Umwelt entstehen. Bei der Interpretation der Daten ist auf zwei Einschränkungen hinzuweisen, die in gewisser Hinsicht Grenzen für die Gültigkeit formulierter Aussagen bilden: Zum einen gehen in die durch Messungen ermittelten »Bilder« selbstverständlich sowohl realistische Bewertungen als auch verbreitete Wahrnehmungsstereotype und Vorurteile ein. Die hier vertretenen Meinungen bilden jedoch gerade deshalb auf ihre Weise ein Stück »Realität des Massenbewußtseins« ab. Es kann so herausgefunden werden, in welcher »Rangordnung« die sogenannten Problemgruppen in den Augen der Bevölkerungsmehrheit stehen. Zum anderen war es im Rahmen dieser Studie zunächst nur möglich, allgemeine Einstellungen gegenüber den untersuchten Personengruppen zu bestimmen. Die detaillierten Bewertungen der einzelnen Gruppen, dabei ebenso die »Gründe«, warum man in Hinsicht auf eine Gruppierung Zuneigung oder Distanz äußert, müssen in künftigen Analysen genauer ermittelt werden.

Tabelle 1 zeigt, welche Fakten bei der Befragung ermittelt werden konnten. Die Darstellung der Antworthäufigkeiten in der Reihenfolge der Mittelwerte läßt eine recht klare »Gruppenbildung« erkennen, die umgangssprachlich etwa folgendermaßen charakterisiert werden könnte:

A. Die »Bedauernswerten« (Position 1-3 – Menschen mit Behinderungen, Opfer von Straftaten, Alte Menschen mit wenig Geld): Menschen, denen man ziemlich offen Mitleid und Zuneigung entgegenbringt, wohl verbunden mit der Annahme, daß die Betroffenen »nichts für ihr Schicksal können«;

B. Die »Armen« (Position 4-8 – Familien mit mehreren Kindern, »NiedriglohnempfängerInnen«, Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Arbeitslose): Personen, bei denen eine schwierige materielle Lage konstatiert (oder angenommen) wird, wobei davon auszugehen wäre, daß sich viele Menschen eine solche Situation vorstellen können;

C. Die mit »gedämpftem Mitleid und/aber Zurückhaltung Behandeln« (Position 9-13 – Frauen allgemein, Junge Arbeitslose unter 25 Jahren, Jugendliche allgemein, Sozialhilfeempfänger/innen, Obdachlose): Gruppen, bei denen sich Zuwendung und kritische Wertung etwa die Waage halten, auch hier wird eine schwierige Lage mehr oder weniger anerkannt, aber ebenso eine gewisse Distanz bekundet;

D. Die »Ausgestoßenen« (Position 14-18 – »Einwandernde aus Asien/Afrika«, »Lesben/Schwule«, »Einwandernde aus Osteuropa«, »Haftentlassene«, »Drogenabhängige«) :

Tabelle 1: Meinungsbild zu »benachteiligten Gruppen« (Bundesland Sachsen-Anhalt, 1999, Angaben in Prozent, gerundet)

Es wird viel über »in der Gesellschaft benachteiligte Gruppen« und über Hilfe für diese Menschen gestritten.
Was denken Sie in diesem Zusammenhang?

	Diese Personen / Personengruppen ...									Viel Hilfe, nicht schuld	
	sollten mehr Anteilnahme finden			sollten materiell gefördert werden			sind oft selbst schuld an einer schweren Lage				
	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein	Ja	Nein
Menschen mit Behinderungen	79	19	2	73	25	2	2	10	88	57	0
Alte Menschen mit wenig Geld	76	22	2	72	26	2	2	25	73	55	4
Opfer von Straftaten	81	13	6	64	28	8	7	14	79	54	0
Familien mit mehreren Kindern	52	36	12	55	35	10	15	41	44	31	9
»NiedriglohnempfängerInnen«	51	38	11	52	38	10	4	43	53	31	5
Langzeit-arbeitslose	55	38	7	45	47	8	6	57	37	24	6
Alleinerziehende	51	40	9	53	39	8	7	48	45	22	5
Arbeitslose	52	41	7	39	52	9	4	57	39	19	5
Frauen allgemein	36	44	20	24	44	32	5	41	54	15	8
Junge Arbeitslose unter 25 Jahren	55	38	7	34	51	15	10	60	30	13	7
Jugendliche allgemein	48	43	9	28	53	19	11	55	34	11	7
SozialhilfeempfängerInnen	29	57	14	27	58	15	8	70	22	10	10
Obdachlose	41	48	11	32	54	14	15	70	15	9	11
Lesben/Schwule	19	29	52	3	13	84	24	24	52	2	35
Einwandernde aus Osteuropa	9	40	51	5	39	56	24	46	30	2	39
Einwandernde aus Asien/Afrika	10	34	56	5	32	63	30	44	26	3	45
Haftentlassene	11	48	41	5	47	48	53	41	6	1	43
Drogenabhängige	24	36	40	6	31	63	57	36	7	1	49

Das Bild von Ablehnung beziehungsweise geringer Zuwendung und Solidarität hat etwas Erschreckendes an sich, vor allem, wenn man bedenkt, daß die genannten Gruppen genaugenommen durch keinerlei »Logik« miteinander verbunden sind, im Massenbewußtsein jedoch das gemeinsame Merkmal von »Parias« tragen. Die Einordnung von »Lesben und Schwulen« in diese Gruppe bedarf insofern einer gesonderten Interpretation, daß Forderungen nach »finanziellen Zuwendungen« hier natürlich leichter abzulehnen wären. Dennoch mutet es makaber an, wenn Mehrheiten der Ansicht sind, daß menschliche Anteilnahme nicht vonnöten sei, oder wenn rund 25 Prozent der Befragten von einer »eigenen Schuld« dieser Gruppe sprechen.

Die Sichtweisen der Bürgerinnen und Bürger in bezug auf bestimmte »Sozial schwache« Gruppen« wurden bereits vor mehreren Jahren in einer FOKUS-Studie erfaßt (FOKUS 1995). Insofern war ein Vergleich möglich, der Änderungen in den Denkweisen und sozialen Beziehungen belegen könnte. Es zeigte sich:

Tabelle 2: Meinungsbild zu »benachteiligten Gruppen« im Zeitvergleich (Bundesland Sachsen-Anhalt, 1995 und 1999, Angaben in Prozent, gerundet)

	Diese Personen/Personengruppen sollten Zuwendungen (auch materieller Art) erhalten ...			
	Jahr	Ja	Teils	Nein
Menschen mit Behinderungen	1995	63	36	1
	1999	73	25	2
Langzeitarbeitslose	1995	39	56	5
	1999	45	47	8
Alleinerziehende	1995	30	56	14
	1999	53	39	8
Frauen allgemein	1995	13	43	44
	1999	24	44	32
Jugendliche allgemein	1995	29	53	18
	1999	28	53	19
SozialhilfeempfängerInnen	1995	30	61	9
	1999	27	58	15
Obdachlose	1995	41	54	5
	1999	32	54	14
Einwandernde aus Asien/Afrika	1995	6	43	51
	1999	5	32	63

Quelle: FOKUS 1995

In einem ersten Überblick lassen sich die Ergebnisse der Messungen folgendermaßen interpretieren:

Insgesamt scheint es doch ein beachtlich großes »Zuwendungsbeziehungswise Solidaritätspotential« der Menschen untereinander zu geben. Solche solidarischen Empfindungen richten sich vor allem auf Personen in materiell-beruflichen Notlagen, die in der Nähe der Alltagswahrnehmungen vieler ihrer Mitbürger anzusiedeln wären.

Die überwiegend solidarischen Denkweisen haben sich in den letzten fünf Jahren zwar etwas verschoben; sie sind aber nicht – wie mitunter angenommen oder behauptet wird – im ganzen zurückgegangen (Siehe Tabelle 2).

Als erschreckend und ernst zu nehmen wirken jedoch im Gegensatz dazu die Mechanismen von »Ausgrenzungen« bestimmter Gruppen, wobei hier das »Sündenbock-Syndrom« zum Tragen zu kommen scheint. Diese Denkweisen schließen auch und gerade »Ausländer« ein und können den Nährboden für gefährlichen Rassismus bilden.

Die Durchschnittswerte der Antworthäufigkeiten sagen jedoch noch nichts über die Meinungen in einzelnen Bevölkerungsschichten aus. Faßt man anhand der Daten die Aussagen von verschiedenen Teilpopulationen der Befragten, die sich nach soziodemographischen Merkmalen und nach ihrer Lebenslage unterscheiden, zusammen, so fällt ins Auge:

Besonders »solidarisch« beziehungsweise Unterstützung einfordernd treten Frauen, Menschen im Alter über 60 Jahre, Personen im Status »ABM/Umschulung« und Menschen in schwieriger beruflich-finanzieller Lage auf. Eine eher distanziert-ablehnende Haltung nehmen dagegen Männer, Menschen im Alter bis 30 Jahre, Azubis/Studierende und Personen in günstiger beruflich-finanzieller Lage ein.

Eine Grundüberlegung der Studienkonzeption bestand darin, daß politische Gesichtspunkte für die Bewertung »benachteiligter Gruppen« ins Gewicht fallen könnten. Als dafür zugängliche Daten wurden die Meinungen der Anhängerschaften verschiedener, im Bundesland Sachsen-Anhalt wirkender Parteien einbezogen. Dabei zeigt sich (Siehe Tabelle 3):

Bei der Anhängerschaft von »Bündnis '90/Die Grünen« sind klare Positionen der Zuwendung und des Mitleids festzustellen. Diese Bewertungen erstrecken sich auf fast alle Benachteiligten-Gruppen. Auch die Personen im Umfeld der PDS vertreten eher solidarische Haltungen. Der SPD-Anhang nimmt wechselnde Positionen ein und drückt vor allem Engagement für die Gruppe der »Armen« aus.

Die F.D.P.-Anhänger, mehr aber noch die CDU-Anhängerschaften, positionieren sich überwiegend zurückhaltend-kritisch. Distanz scheint vor allem gegenüber den Gruppen zu bestehen, die Leistungen auf der Basis gesellschaftlicher Alimentierung erhalten.

Die Sympathisanten der DVU nehmen zumeist eine kritisch-ablehnende Wertung vor. In bezug auf »Ausländer« ist die negative Einschätzung extrem groß und kann kaum anders denn als klare Feindseligkeit interpretiert werden. Von den überwiegenden Ablehnungen gegenüber »Benachteiligten« ausgenommen bleiben übrigens Gruppen, von denen zu vermuten ist, daß sich die DVU-Anhänger in deren Nähe befinden (oder selbst dazu gehören), wie zum Beispiel (Langzeit-)Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger.

Die Daten der Studie liefern Material für eine Reihe von Aussagen zum politisch brisanten Thema »Ausländerfeindlichkeit«. Festzustellen war, welche Grundeinstellungen in der Bevölkerung in bezug auf Ausländer, die man hier mit den Bezeichnungen »Einwandernde aus Osteuropa« und »Einwandernde aus Asien/Afrika« umschrieb, verbreitet sind (Siehe Tabelle 3). In Zusammenfassung der »Negativ-Aussagen« (»Keine Anteilnahme«, »Keine materielle Förderung«, »Selbst schuld«) gelang es, folgende Potentiale mit ablehnend-kritischen Positionen gegenüber Ausländern zu erfassen (Siehe auch Tabelle 1): Gegen »Osteuropäer« sprechen sich ca. 39, gegen »Farbige« (Asiaten/Afrikaner) etwa 45 und gleichermaßen gegen beide Gruppen rund 33 Prozent der Befragten aus (Die hierbei gegebene Antwort lautete: »Ausländer« sollen weder Anteilnahme noch materielle Förderung erhalten und sind selbst schuld an einer schweren Lage.«) Diese Sichtweisen auf »Einwandernde«/»Ausländer« treten mit besonderer Häufung bei Männern, bei Personen zwischen 25 und 40 Jahren, bei Menschen in familialer Partnerschaft und bei Erwerbstätigen – hier eher im unteren Teil der Unternehmenshierarchie – zutage. Innerhalb des politischen Spektrums zeigt sich, daß in den Anhängerschaften aller Parteien ein »ausländerfeindlicher« Anteil präsent ist. Er umfaßt bei den Anhängern von »Bündnis '90/

Tabelle 3: Meinungsbild zu »benachteiligten Gruppen« und Differenzierung nach Anhängerschaften politischer Parteien (Bundesland Sachsen-Anhalt, Angaben in Prozent, gerundet)

Diese Personen/Personengruppen ... sollten mehr Anteilnahme finden, materiell gefördert werden und sind nicht schuld an ihrer schweren Lage.					
Bewertung der Bevölkerungs- gruppen	Anteilnahme und Hilfe, nicht schuld		Meinungen der Anhängerschaften – Differenzen zum Durchschnittswert		
	Ja	Nein	Deutlich <i>überdurch-</i> <i>schnittlich</i> für Gruppe		Deutlich <i>unterdurch-</i> <i>schnittlich</i> für Gruppe
Menschen mit Behinderungen	57	0	BGr. FDP PDS	DVU	
Alte Menschen mit wenig Geld	55	4	BGr FDP SPD	DVU	
Opfer von Straftaten	54	0	BGr	DVU FDP	
Familien mit meh- reren Kindern	31	9	/	DVU FDP	
»Niedriglohn- empfängerInnen«	31	5	DVU PDS SPD	CDU DVU FDP	
Langzeit- arbeitslose	24	6	BGr DVU PDS SPD	FDP	
Alleinerziehende	22	5	PDS	CDU DVU FDP	
Arbeitslose	19	5	DVU PDS SPD	CDU FDP	
Frauen allgemein	15	8	SPD	CDU DVU FDP	
Junge Arbeitslose unter 25 Jahren	13	7	PDS	DVU	
Jugendliche allgemein	11	7	/	DVU FDP	
Sozialhilfe- empfängerInnen	10	10	DVU PDS	CDU FDP	
Obdachlose	9	11	BGr DVU PDS	DVU FDP	
Einwandernde aus Asien/Afrika	3	45	BGr	CDU DVU	
Lesben/Schwule	2	35	FDP PDS	CDU DVU FDP SPD	
Einwandernde aus Osteuropa	2	39	BGr	CDU DVU	
Haftentlassene	1	43	/	CDU DVU	
Drogenabhängige	1	49	BGr	DVU FDP SPD	

Die Grünen« etwa ein Siebentel, im Umfeld von F.D.P., PDS und SPD rund ein Viertel und bei der CDU mehr als ein Drittel der Sym-
pathisanten. Die DVU-Anhängerschaft vertritt fast durchgängig ab-
lehrende Haltungen gegenüber Ausländern.

Ein weiterer Analyseschritt weist allerdings darauf hin, daß ausländerkritische Positionen auf Einstellungen zu beruhen scheinen, die nicht allein Personen fremder Ethnien beziehungsweise Nationalitäten betreffen. In der Tabelle 4 sind die Meinungen der »Ausländerkritischen« im Vergleich zu denen aller Befragten dargestellt. Es werden hier folgende Besonderheiten deutlich:

Die »Ausländerkritischen« zeigen gegenüber nahezu allen »benachteiligten Gruppen« Distanz und Zurückhaltung. Dies umfaßt sowohl die Aspekte »Zuwendung« und »materielle Unterstützung« als auch die Frage, ob eine eigene »Schuld« vorläge.

Die negativere Bewertung betrifft – nach den Maßstäben und in der Rangfolge statistischer Signifikanz betrachtet – vor allem die Gruppen »Drogenabhängige«, »Lesben/Schwule«, »Obdachlose«, »Haftentlassene«, aber auch »kinderreiche Familien« oder »Alleinerziehende«.

Bei der Interpretation von Daten, wie sie in der hier dargestellten Studie präsentiert wurden, ist eine hohe Sorgfalt angebracht, um nicht voreiligen oder überzeichneten Urteilen Vorschub zu leisten. Die Untersuchung liefert Aussagen darüber, wie und gleichsam in welcher Rangordnung als »benachteiligt« verstandene Gruppen im Meinungsbild der (Durchschnitts-) Bevölkerung beurteilt werden – offen bleibt dabei jedoch, welche Gründe im einzelnen zu solchen Bewertungen führen. Insofern tragen die im weiteren formulierten Überlegungen eher den Charakter von »Arbeitshypothesen« (vgl. Opp 1999), wobei sich diese Annahmen allerdings auf empirisch gesicherte Erhebungsdaten stützen können.

Zusammenfassend wären vor allem die folgenden sechs Aspekte hervorzuheben:

Erstens: Wie bereits erwähnt, belegen zahlreiche Fakten, daß große Teile der Bevölkerung gegenüber Notlagen und Benachteiligungen anderer Menschen Aufmerksamkeit an den Tag legen und Meinungen vertreten, die Hilfe für »Sozial Schwache« einfordern. Eine solche »Grundsolidarität«, die sich vor allem darauf zu stützen scheint, daß viele in ihrem Alltagsumfeld Personen in Unsicherheit und/oder Notlagen persönlich kennen, sollte nicht als etwas Selbstverständliches abgetan oder gar gering geschätzt werden. Die Studie zeigt, daß die These, die gesellschaftlichen Prozesse von Individualisierung und sozialer »Entgrenzung« würden gleichsam automatisch zu Entsolidarisierungen und zu menschlicher Kälte führen, in dieser Vereinfachung eben nicht zutrifft. Inwieweit mit den bekundeten Positionen die Bereitschaft zum persönlichen helfenden Handeln verbunden ist, konnte allerdings im Rahmen der hier vorgelegten Untersuchung nicht erfaßt werden.

Zweitens: Die hier positiv beschriebene Haltung von Zuwendung, »Mitleid« und Einforderung von Hilfe erweist sich jedoch als ambivalent. Sie ist gekoppelt mit – ebenfalls weit verbreiteten – Positionen von »Ausgrenzung«, das heißt von abwertenden Meinungen gegenüber bestimmten Gruppen (Siehe Tabelle 1). Deren »Markenzeichen« scheint zu sein, daß sie als »anders(artig)« gelten (Ausländer, Lesben, Schwule) oder daß man ihnen in irgendeiner Weise »Schuld« zusprechen kann (Haftentlassene, Drogenabhängige). Sozialpsychologisch könnte dies durchaus unter dem Zeichen des

*Tabelle 4: Grundeinstellungen gegenüber den untersuchten Personen-
gruppen und Vergleich mit Teilpopulation mit negativer Einstellung
zu Ausländern (Ablehnung von »Einwandernden aus Osteuropa und
aus Asien/Afrika« gleichermaßen, Angaben in Prozent, gerundet)*

	Diese Personen / Personengruppen ...								
	sollten mehr Anteilnahme finden			sollten materiell ge- fördert werden			sind oft selbst schuld an einer schweren Lage.		
	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein	Ja	Teils	Nein
Menschen mit Behinderungen	79	19	2	73	25	2	2	10	88
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	69	28	3	61	35	4	1	15	84
Alte Menschen mit wenig Geld	76	22	2	72	26	2	2	25	73
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	72	25	3	65	33	2	1	31	68
Opfer von Straftaten	81	13	6	64	28	8	7	14	79
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	79	13	8	66	24	10	5	14	81
Familien mit mehreren Kindern	52	36	12	55	35	10	15	41	44
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	39	39	22	41	42	17	24	47	29
Niedriglohn- empfängerInnen	51	38	11	52	38	10	4	43	53
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	45	42	13	44	45	11	6	48	46
Langzeitarbeitslose	55	38	7	45	47	8	6	57	37
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	43	44	13	38	50	12	9	58	33
Alleinerziehende	51	40	9	53	39	8	7	48	45
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	39	44	17	41	42	17	13	51	36
Arbeitslose	52	41	7	39	52	9	4	57	39
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	45	43	12	31	54	15	5	58	37
Frauen allgemein	36	44	20	24	44	32	5	41	54
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	26	45	29	20	42	38	7	49	44
Junge Arbeitslose unter 25 J.	55	38	7	34	51	15	10	60	30
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	43	43	14	26	51	23	14	60	26
Jugendliche allgemein	48	43	9	28	53	19	11	55	34
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	43	43	14	19	51	30	17	58	25
Sozialhilfe- empfängerInnen	29	57	14	27	58	15	8	70	22
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	18	60	22	16	59	25	14	71	15
Obdachlose	41	48	11	32	54	14	15	70	15
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	29	49	22	23	53	24	25	66	9
Lesben/Schwule	19	29	52	3	13	84	24	24	52
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	7	22	71	1	7	92	43	21	36
Haftentlassene	11	48	41	5	47	48	53	41	6
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	6	40	54	3	36	61	68	30	2
Drogenabhängige	24	36	40	6	31	63	57	36	7
<i>Position:</i> <i>Ablehnung Ausländer</i>	12	26	62	2	17	81	73	25	2

»Sündenbock-Mechanismus« interpretiert werden: Die Abwertung anderer führt zur Stabilisierung des eigenen, durch äußere Umstände eventuell erschütterten oder bedrohten Selbstbildes.

Drittens: In diesem Kontext sind die Fakten zur festgestellten »Ausländerfeindlichkeit« zu beleuchten. Zum einen muß unmißverständlich betont werden, daß der Umfang der Gruppierungen, die entsprechende Meinungen äußern (mindestens ein Drittel der Erwachsenen), als bedrohlich und in hohem Maße als besorgniserregend in Hinsicht auf den Nährboden von Rassismus zu charakterisieren ist. Andererseits belegen die Fakten, daß es eben nicht nur um »Ausländer« allein geht, sondern daß die hier zutage tretenden »antisozialen« Positionen auch auf »ganz andere« Gruppen (Lesben/Schwule, Drogenabhängige, selbst Alleinerziehende usw.) gerichtet werden. Die Diskussion zur »Solidarität« – so könnte man schlußfolgern – bedarf also eines übergreifenden ethisch fundierten Ansatzes oder anders formuliert: Nicht »Ausländer« stellen das »Problem« dar, sondern die Qualität und die Gestaltung menschlicher Beziehungen untereinander.

Viertens: Betrachtet man die unterschiedlichen Meinungen von Personen mit verschiedenen soziodemographischen Merkmalen, so werden mehrere interessante Besonderheiten deutlich:

Eine Geschlechtertypik der Bewertungen ist nachweisbar. In den meisten Fällen vertreten Frauen Positionen größerer Anteilnahme und urteilen vorurteilsfreier als Männer.

Ebenso kann von einem Phänomen gesprochen werden, das sich als »Solidarität nach Lebenslage« bezeichnen ließe. Menschen in unsicheren Erwerbsverhältnissen oder in schwierigen beruflich-finanziellen Situationen treten in der Regel für mehr Anteilnahme und Unterstützung ein. »Bessergestellte« hingegen positionieren sich in vielen Fällen eher zurückhaltend.

Im Zusammenhang mit Erscheinungen von Rassismus und Rechtsextremismus wird gegenwärtig recht häufig die Verwurzelung dieser Strömungen »in der Mitte der Gesellschaft« diskutiert. Die Fakten dieser Untersuchung bestätigen eine solche Annahme in der Weise, daß die »ausländerkritischen Gruppen« in hoher Konzentration in jüngeren bis mittleren Altersgruppen und im Kreis der vollbeschäftigten Erwerbstätigen anzutreffen sind. Die Tatsache, daß »Ausländerfeindlichkeit« weniger ein »Single-Phänomen« darstellt, sondern eher an Personen in Familien geknüpft ist, spricht ebenfalls dafür. Für praktisches Handeln hieße das unter anderem: Die Art und Weise, wie in Familien beziehungsweise Partnerschaften über »Ausländer« diskutiert wird, fällt für die Ausprägung von Einstellungen stark ins Gewicht.

Fünftens: Die Fakten der Studie werfen mit großer Dringlichkeit die Frage auf, wie Meinungen über »benachteiligte Gruppen« praktisch »zustande kommen«. Aktuelle Untersuchungen zu Problemen der Meinungsbildung verweisen darauf, daß hierbei vielfach Aspekte von »emotionsgeleiteten Entscheidungen«, das heißt Urteilsbildungen im Rückgriff auf die emotionale Bedeutsamkeit verschiedener Sachverhalte (oft im Kontext medialer Darstellungen) eine Rolle spielen (Chrapa 2000). Hinzu kommt der weit verbreitete Mechanismus, daß die Verarbeitung von Nachrichten und Ein-

drücken auf der Grundlage von »Alltagsrationalitäten« erfolgt. Diese zeichnen sich vor allem durch folgende Merkmale aus (Brosius 1995):

Heuristische und schemageleitete statt systematischer und vollständiger Aufnahme;

relativ schnelle Urteilsbildung, dies auch bei Vernachlässigung (Vergessen) von Informationen, wenn das Urteil – oft schon im Moment der Rezeption – geformt ist;

besondere Auswahl von aufgenommenen Informationen, vor allem nach dem Kriterium der Auffälligkeit (hier nicht selten auch: des Negativismus«);

spezielle Glaubwürdigkeitsbewertung von Informationen, in der Regel mit höherer Zuschreibung von Glaubwürdigkeit bei »Einzelfällen« gegenüber wissenschaftlich-statistischen Angaben.

Es liegt zumindest im Rahmen des Vorstellbaren und wäre logisch vertretbar, wenn man davon ausgeht, daß »Verzerrungen« bei der Bewertung »benachteiligter Gruppen« mit den oben genannten Aspekten verknüpft sind. Insgesamt wäre deshalb zu schlußfolgern, daß bei Diskussionen zu dieser Thematik in besonderem Maße auf Sachlichkeit und auf die Einhaltung fairer Kommunikationsregeln zu achten ist. Wie auch die aktuelle Debatte zum Rechtsextremismus schmerzhaft zeigt, geht es im Grunde um die Notwendigkeit, gesamtgesellschaftlich eine neue Art von Problemwahrnehmung und Problembewußtsein zu entwickeln (Chrapa 2000).

Sechstens: Die Studie erlaubt mehrere praktisch-politisch weiterführende Überlegungen:

Die vorgelegten Resultate sollen zunächst zur Diskussion anregen beziehungsweise eine themengerichtete breitere Debatte zum Thema »Benachteiligung in Wechselwirkung mit der Außensicht der Bevölkerung« stärker in Gang bringen. Dies wäre auch als Herausforderung für eine kritische (und reflexive) Medienberichterstattung zu verstehen.

Es scheint dringend notwendig, weitere sozialwissenschaftliche Analysen zur Thematik vorzunehmen. Dies betrifft beispielsweise Folgeuntersuchungen mit den verwendeten Indikatoren und/oder mit Hilfe qualitativer Interview-Reihen. Genauer zu untersuchen wären die Verläufe der »Solidarität des Alltags«, basierend auf lebensweltlichen Erfahrungen vieler Menschen. Die Mechanismen der Ausgrenzung, darunter die des »Sündenbock-Syndroms«, müssen zukünftig sozialpsychologisch tiefer erkundet werden.

In diesem Kontext sollte die Arbeit »Sozial Tätiger« für Benachteiligte unbedingt gesellschaftliche Aufwertung erfahren. Dies verbindet sich mit der Anforderung, in der Öffentlichkeit eine stärkere »Stimme« für die Belange Benachteiligter zu schaffen. Projekt-Netzwerke, Konferenzen und regelmäßige Zusammenkünfte von »Sozial Tätigen« und Wissenschaftlern könnten in dieser Hinsicht wirksam werden.

Literatur:

- Brosius, Hans-Bernd (1995): Alltagsrationalität in der Nachrichtenrezeption. Ein Modell zur Wahrnehmung und Verarbeitung von Nachrichteninhalten, Opladen, S. 305-307.
- Chrapa, Michael (2000): Mediennutzung und Problembewußtsein der Bevölkerung in modernisierten Gesellschaften, Berlin (Manuskript).
- Datenreport (1999): Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Fischer, Lorenz; Wiswede, Günter (1997): Grundlagen der Sozialpsychologie, München, S. 156-290.
- FOKUS (1995, Studie): »Sozial Schwache« im Meinungsbild der Bevölkerung«, Forschungsgemeinschaft für Konflikt und Sozialstudien (FOKUS), Halle.
- Friedrichs, Jürgen (1990): Methoden empirischer Sozialforschung, Opladen.
- Hradil, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen.
- Kreckel, Reinhard (1997): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/Main.
- Opp, Karl-Dieter (1999): Methodologie der Sozialwissenschaften, Opladen.
- Statistisches Jahrbuch des Landes Sachsen-Anhalt (1996), Halle.